

Eine andere Welt ist möglich

Manifest der Grünen Schweiz

Wir Grüne haben die Vision, dass alle Menschen in einer gesunden Umwelt in Würde und Frieden leben könnten.

Aber der gegenwärtige Zustand der Erde gibt kaum Anlass zu Hoffnung. Weiterhin verschleudert ein kleiner Teil der Menschheit die natürlichen Ressourcen. Ganze Regionen unseres Planeten haben keine gesicherte Trinkwasserversorgung mehr. Die beängstigenden Folgen der Klimaerwärmung zeichnen sich immer deutlicher ab: Auch unser Land erlebt wiederholt Unwetterkatastrophen. Die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich. Ein immer grösserer Anteil der Menschheit lebt unter der Armutsgrenze. Sogar in den reichsten Ländern nehmen Armut und Verelendung in verheerendem Masse zu.

Wir Grüne sind überzeugt, dass diese Entwicklung umkehrbar ist, aber wir müssen jetzt entschieden handeln. Wir stehen mit einem ganzheitlichen Konzept dafür ein, dass unser Planet erhalten und jede Ausgrenzung von Menschen verhindert wird. Ökologisches Leben und Handeln beschränkt sich keineswegs auf den Umwelt- und Artenschutz. Die politische Ökologie umfasst auch die Weiterentwicklung der Demokratie, die Gleichstellung von Frau und Mann, die soziale Sicherheit und eine bessere Lebensqualität, um nur diese Beispiele zu nennen.

Wir Grüne sind überzeugt, dass ein Leben ohne Krieg und Unterdrückung in Toleranz und gegenseitigem Respekt möglich ist. Um diese andere Welt zu verwirklichen, braucht es ein starkes und vielfältiges Engagement: in den Parlamenten, am Arbeitsplatz, in den Wohnquartieren, in Gewerkschaften, Vereinen und weiteren Organisationen, bis hin in unseren Freundeskreis. Wir brauchen weit verzweigte und anpassungsfähige Netzwerke, um die Zusammenarbeit mit allen engagierten und interessierten Kreisen und Einzelpersonen zu vertiefen. Wir Grüne sind in Bewegung und bringen uns aktiv in die Bewegung für ein lebenswertes Dasein ein.

Eine Wirtschaft im Dienste aller

Kurzfristiges Profitstreben bildet die Antriebsfeder der kapitalistischen Marktwirtschaft, welche zwar enorme Güter- und Kapitalmengen produziert, diese aber auf äusserst ungerechte Art und Weise verteilt. Dieses Wirtschaftssystem stört das ökologische Gleichgewicht, das die notwendige Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung wäre; es verschlimmert und beschleunigt die Umweltverschmutzung und beeinträchtigt die Qualität der wichtigsten Lebensgrundlagen wie Wasser, Luft und Lebensmittel. Dieses System haben Menschen geschaffen. Menschen können es auch wieder ändern.

Schluss mit der Jagd nach Profitmaximierung

Wir Grüne wollen dieser Profitmaximierung Einhalt gebieten. Sie treibt die Mehrheit der Völker in

Armut und Elend, weil die multinationalen Konzerne die lebensnotwendigen Güter monopolisieren. Wir widersetzen uns diesen Privatisierungen und Liberalisierungen, die den sozialen Zusammenhalt gefährden und die Volksrechte beschneiden. Und wir bekämpfen das Bankgeheimnis, von dem Kriminelle und Steuerhinterzieher profitieren.

Die Auseinandersetzung mit der Wachstumsideologie ist keineswegs beendet, wie manche meinen. Im Gegenteil: Es wird immer klarer, dass der Zustand der Erde und die Lebensqualität der Menschen sich nicht an der Güterproduktionsmenge messen lassen. Die heutige Profitjagd führt unweigerlich in eine ökologische Katastrophe und gefährdet das Überleben der gesamten Menschheit. Es gehört zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die gegenwärtige Produktionsweise und die Güter- und Machtverteilung grundlegend zu überdenken. Das heisst, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen bei Unternehmensentscheidungen angemessen zu berücksichtigen und ihre Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz auszubauen und gesetzlich zu verankern sind.

Trinkwasser und freier Zugang zu Saatgut für alle

Wir Grüne treten für eine gerechte Verteilung der Güter ein, von denen einige der Marktlogik entzogen werden sollen: So muss beispielsweise das Wasser als Gemeingut der Menschheit gelten und soll allen frei zugänglich sein. Das Gleiche gilt für Saatgut, das den Bäuerinnen und Bauern gehören muss. Und öffentliche Dienstleistungen dürfen keinesfalls zur Handelsware werden.

Wir setzen uns für angemessene Arbeitsbedingungen und für einen Mindestlohn ein, der in der Schweiz 3'000 Franken netto pro Monat betragen soll. Wir verlangen obligatorische Sozialpläne bei Entlassungen und Firmenkonkursen sowie Bussen für Unternehmen, die trotz florierenden Geschäftsgangs MitarbeiterInnen entlassen. Genossenschaften und besonders soziale Unternehmen sollen Vorzugskredite aufnehmen können.

Es ist selbstverständlich, dass unsere Vision von wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit nur zu verwirklichen ist, wenn die internationalen Handelsbestimmungen umgestaltet und demokratisiert werden. Ein erster Schritt hiezu wäre eine massiv höhere Besteuerung der Gewinne und der internationalen Finanztransaktionen.

Ja zu einer klaren Kürzung der Arbeitszeit

Der Arbeitsaufwand für die Güterproduktion geht immer mehr zurück. Das schafft die einzigartige Möglichkeit, zwei Ungleichgewichte gleichzeitig zu verändern: sowohl dasjenige zwischen überlasteten Angestellten und entmutigten Erwerbslosen wie auch jenes zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Die Aufhebung dieser Ungleichgewichte würde auch eine bessere Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ermöglichen. Deshalb stellt eine deutliche Reduktion der Arbeitszeit ein zentrales Element für die Emanzipation aller Menschen dar. Ferner engagieren wir uns für ein flexibles Rentenalter (ab 60 für Schwerarbeitende), für eine echte Mutterschaftsversicherung und für Eltern- und Bildungsurlaube. Selbstverständlich sollen alle Menschen, unabhängig von ihrem Status oder ihrer Lebenssituation, auf ein Einkommen Anspruch haben, das ihnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Deshalb treten wir für ein existenzsicherndes Mindesteinkommen ein, dessen Ausgestaltung noch festzulegen ist.

Voraussetzungen für eine grosszügige und gerechte Sozialpolitik bilden ein stark progressives Steuersystem, eine Erbschaftssteuer, eine Reichtums- und Kapitalgewinnsteuer sowie der Verzicht auf überrissene und unökologische Investitionen.

Die Zeit der Zauberlehrlinge ist abgelaufen

Jahrzehntlang wurde die Atomtechnologie als Wundermittel angepriesen, um alle Energieprobleme zu lösen. Heute weiss man es besser. Wir kämpfen für den sofortigen und definitiven Ausstieg aus der Atomenergie, für eine drastische Reduktion des Energieverbrauchs und für die Entwicklung erneuerbarer Energien wie beispielsweise der Solar- und Windenergie.

Auch andere Zauberlehrlinge wollen mit unserem Leben ihre Spiele treiben. Es sind die Gen-Manipulatoren. Es besteht die grosse Gefahr, dass sich gentechnisch veränderte Organismen - die berüchtigten GVO - unkontrolliert vermehren, sich auf andere Pflanzen oder Lebewesen übertragen und Mutationen und irreversible Schäden verursachen. Wir finden es äusserst befremdlich, wenn sich VerfechterInnen der Genforschung über die Entwicklung einiger neuen Varianten eines Organismus freuen, während gleichzeitig Tausende von natürlichen Arten zerstört werden.

Wir sind nicht forschungsfeindlich. Aber wir stellen den unbedingten Fortschrittsglauben und das blinde Vertrauen in die technologische Machbarkeit in Frage. Wert und Sinn des Lebens müssen im Vordergrund der Debatte stehen, erst dann können die Forschungsziele und die Anwendung der «Entdeckungen» diskutiert werden.

Wir Grüne sagen Nein zu GVO in der Landwirtschaft, Nein zur Manipulation von Lebewesen, insbesondere von Embryonen. Wir lehnen die Patentierung und Vermarktung von Lebewesen ab. Wir verlangen hingegen die vollständige Deklaration der Zusammensetzung, der Herkunft und der Produktionsweise aller Lebensmittel.

Gesunde Lebensmittel verdienen gerechte, möglichst kostendeckende Preise und Schutz vor nicht deklarierten importierten Billigprodukten. Ergänzend dazu müssen die Direktzahlungen kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben ein existenzsicherndes Mindesteinkommen garantieren, um das Bauernsterben und die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten aufzuhalten. Nur eine dezentrale lokale

Nahrungsmittelproduktion ermöglicht die ausreichende Ernährung der Weltbevölkerung.

Für eine menschenfreundliche Mobilität

Mehr als die Hälfte des Güterverkehrs dient nur der Profitsteigerung einiger Unternehmer. So wird beispielsweise spanisches Gemüse von marokkanischen ArbeiterInnen zu Hungerlöhnen und mit extremem Chemieeinsatz produziert, Tausende von Kilometern verschoben, um dann den Konkurs von Schweizer Landwirten zu verursachen. Soll es in Europa wirklich bald nur noch jene einzige Tomatensorte geben, die am billigsten zu produzieren ist und vollgestopft mit Pestiziden und Konservierungsmitteln unreif auf den Markt kommt?

Ja zum Schienenverkehr und zur lokalen Produktion

Wir Grüne wollen einen weiteren Zuwachs des internationalen Lastwagen- und Flugverkehrs verhindern. Wir fordern die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Die Strasse soll nur für kurze Distanzen und für die regionale Feinverteilung dienen. Wir wollen insbesondere die Beziehungen zwischen lokaler Produktion und Konsum am Ort verstärken.

Auch die Folgen des immer noch wachsenden motorisierten Personenverkehrs sind verheerend. Wir bekämpfen eine grenzenlose Verbetonierung unserer Landschaft und jede weitere Verstopfung unserer Städte durch den Privatverkehr. Wir Grüne bevorzugen autofreie, lebendige Quartiere und Städte. Wir engagieren uns für Velowege in einer gesunden Umgebung, Fussgängerzonen und attraktive, umweltschonende und günstige öffentliche Verkehrsmittel. Die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel muss in jedem Fall kostengünstiger sein als die Fahrt im Privatauto.

Wir befürworten eine massive Erhöhung des Treibstoffzolls, mit Ausnahmeregelungen für die Bevölkerung der Randregionen.

Schliesslich bekämpfen wir die Ausweitung des Flugverkehrs. Dieser trägt in besonders hohem Masse zu Luftverschmutzung und Treibhauseffekt bei, bringt der Bevölkerung in den Flughafenregionen eine unzumutbare Lärmbelastung und stellt eine unabwägbare Gefahr für die überflogenen Regionen dar. Für uns Grüne ist klar, dass Kerosin endlich massiv zu besteuern ist. Im Gegenzug dazu ist der vernachlässigte internationale Schienenverkehr aufzuwerten, zu modernisieren und mit den nötigen Kapazitäten auszustatten.

Zusammen leben

Es ist paradox : Während die Grenzen sich für die Handelsströme weit öffnen, schliesst man sie für die Menschen, insbesondere für Kriegsoffer und für die Opfer wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten. Wir Grüne verteidigen den Grundsatz einer multikulturellen Gesellschaft. Die Freiheit, sich in einer beliebigen Region niederzulassen, sollte ein Menschenrecht sein.

Wir bekämpfen die heutige diskriminierende und willkürliche Politik der Behörden entschieden. Sie ist oft unmenschlich gegenüber Asylsuchenden, gewährt MigrantInnen nur sehr eingeschränkte Rechte und zwingt jene, die über keinen legalen Status verfügen, zu einem Leben unter unwürdigen Bedingungen. Sie wird so zum Nährboden für mehr Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Wir fordern eine kollektive Aufnahmeverordnung für die Papierlosen, erleichterte Einbürgerungsregelungen, die Aufhebung des rassistischen Zweikreise-Modells, politische Rechte für AusländerInnen und eine grosszügigere Aufnahme von Gewaltflüchtlingen.

Dabei geben wir uns keineswegs naiven Illusionen hin: Die Auseinandersetzungen über die eine oder andere Lebensweise und Denkart können sehr heftig sein. Wir müssen aber Lösungen für das Leben miteinander finden, statt "die anderen" abzuweisen.

In diesem Sinne lehnen wir jede Gewalt, insbesondere den Krieg, als Mittel zur Konfliktlösung ab. Wir fordern eine drastische Kürzung des Militärbudgets zugunsten eines stärkeren Engagements

für den Frieden. Die immer engere Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit der NATO oder gar einen NATO-Beitritt lehnen wir ab.

Wir Grüne fühlen uns als EuropäerInnen und WeltbürgerInnen. Wir streben den Beitritt zur Europäischen Union an. Wir unterstützen den fairen Handel und wollen die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit verstärken und mit deutlich mehr Mitteln ausstatten.

Verabschiedet von der DV am 24. August 2002